

bremerFORUM

INFORMATIONEN DER SPD-LANDESORGANISATION BREMEN



ANPACKEN – ZUKUNFT MACHEN

Anpacken – Zukunft machen“ sollte das dynamische Motto des ordentlichen Landesparteitages sein, der am 10. Oktober 2020 hätte stattfinden sollen. Doch in der Woche vor dem Parteitag spitzte sich die Situation in der Coronapandemie zu und schließlich überschritten in der Stadtgemeinde Bremen die Neuinfizierungen den Inzidenzwert von 50 je 100.000 Einwohner*innen und Woche deutlich, womit dem Landesvorstand nur die kurzfristige Absage des Parteitages blieb. „Anpacken – Zukunft machen“ ist auch die Überschrift unseres Flyers zum Haushalt 2020/2021, der gerade in hoher Stückzahl in Bremen und Bremerhaven verteilt wird. Damit machen wir deutlich, dass wir im Land Bremen mit Bürgermeister Andreas Bovenschulte, dem Präsidenten des Senats der Freien Hansestadt Bremen, die rot-grün-rote Regierungskoalition anführen, mit ganzer Kraft anpacken, umsetzen und gestalten. „Anpacken – Zukunft machen“ ist aber auch der Titel des für den Parteitag vorgesehenen Leitetrags des Landesvorstandes, mit dem wir unsere Schwerpunkte für die Diskussion des Programms zur Bundestagswahl 2021 benennen. Auch wenn dieser Antrag nun nicht vom Parteitag beschlossen werden konnte, wir werden Mittel und Wege für die Diskussion finden und uns aktiv an der Programmdebatte beteiligen. Der neue Termin für den ordentlichen Landesparteitag im Jahr 2021 wird in Kürze festgelegt. ■

GRAFIK: SPD LAND BREMEN

KEIN FUSSBREIT DEN NAZIS: WIR SIND MEHR!



FOTO: SPD LAND BREMEN



FOTO: SPD LAND BREMEN



FOTO: SPD LAND BREMEN

Kein Fußbreit den Nazis! – „Wir sind mehr“: Dies machten am Samstag, 17. Oktober 2020, in Bremerhaven mehrere Hundert Menschen dem Aufzug von 30 NPDlern und Anhängern sonstiger rechter Gruppierungen wie der Partei `Die Rechte` deutlich. Denn eines ist klar: Unsere Städte Bremerhaven und Bremen sind und bleiben weltoffen, tolerant und bieten Rechten keine Bühne! Die von einem breiten Bündnis initiierte Aktion zeigte, dass die Seestadt bunt, weltoffen und tolerant ist. Hierfür hielten auch viele Genossinnen und Genossen – nicht nur aus Bremerhaven – auf dem Platz vor der Großen Kirche

die SPD-Fahne hoch. An ihrer Spitze gemeinsam die Vorsitzenden aller drei Unterbezirke unserer Landesorganisation, Martin Günthner (Bremerhaven), Ute Reimers-Bruns (Bremen-Nord) und Falk Wagner (Bremen-Stadt) und unsere Landesvorsitzende Sascha Karolin Aulepp.

Letztlich fand das Häuflein Rechter mit ihren schwarz-weiß-roten Reichsflaggen, deren Zeigen in der Öffentlichkeit von Innensenator Ulrich Mäurer per Erlass Mitte September verboten wurde, für diesen konkreten Anlass, dem Nazi-Aufmarsch gegen diesen Erlass, gerichtlich aber doch

erlaubt wurde, kein Gehör. Unsere Landesvorsitzende Sascha Karolin Aulepp zeigte sich darüber sehr erfreut: „Bremerhaven ist bunt! Ich möchte mich bei allen Demonstrierenden bedanken, die an diesem Tag friedlich für Weltoffenheit und Toleranz in Bremerhaven und überall eingestanden sind und gegen „schwarz-weiß-rot“ Flagge gezeigt haben. Nicht zuletzt war beachtlich, wie viele Antifa*s für einen Erlass unseres Innensenators demonstriert haben. Ein ganz besonders herzlicher Dank geht an die Jusos aus Bremerhaven, Bremen-Stadt und dem Bremer Norden, die in so großer Zahl dabei waren.“ ■

TARIFBINDUNG WIEDER STÄRKEN!

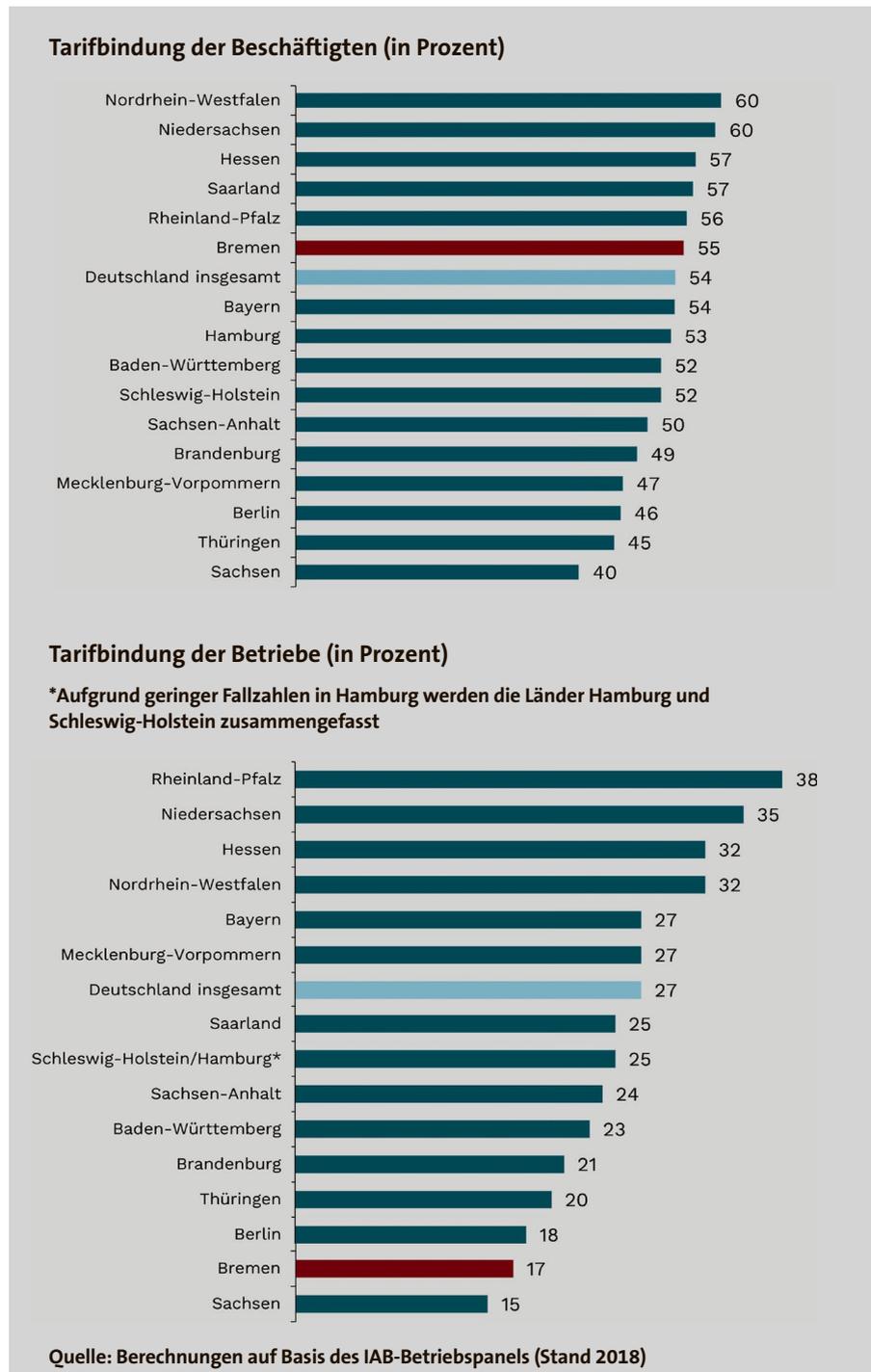
Von Sascha Karolin Aulepp, Landesvorsitzende der SPD LAND BREMEN

Die jüngsten Veröffentlichungen der Arbeitnehmerkammer zeigen: Auch Bremen muss in stärkerem Maße seine Handlungsmöglichkeiten nutzen. Im Land Bremen waren im Jahr 2019 nur noch 18% der Betriebe tarifgebunden – 2005, vor 15 Jahren, waren es noch knapp 40%. Dabei sind in den tarifgebundenen Betrieben 57% aller Bremer Arbeitnehmer*innen beschäftigt. Das hängt auch damit zusammen, dass es in Bremen relativ viel Industriebeschäftigung und Großunternehmen gibt: gerade im Bereich von Automobil-, Stahl- und Flugzeugindustrie ist der gewerkschaftliche Organisationsgrad hoch und ebenso das Bekenntnis der Arbeitgeberseite zur Sozialpartnerschaft. Ebenfalls fällt auf, dass die Tarifbindung bei älteren Betrieben deutlich höher ist: Bei vor 1990 gegründeten Betrieben liegt sie bei 30%, bei nach 2010 gegründeten Betrieben bei 11%. Grund ist unter anderem der ökonomische Strukturwandel, bei dem traditionelle und eher tarifgebundene Unternehmen durch neue Unternehmen ohne Tarifbindung ersetzt wurden. Diese Erosion der Tarifbindung, die Tariffucht von Unternehmen, ist besorgniserregend. Geringe Tarifbindung führt individuell zu Nachteilen: Beschäftigte in nicht tarifgebundenen Betrieben verdienen 10,5% weniger als die nach Tarifvertrag bezahlten. Insgesamt hat die Erosion der Tarifbindung als wesentlicher Treiber für Einkommensungleichheit auch eine gesamtgesellschaftliche Dimension. Und weil Männer häufiger als Frauen in tarifgebundenen Unternehmen arbeiten, hat diese Ungerechtigkeit auch eine Geschlechterperspektive.

Ein Appell wider die Tariffucht an Beschäftigte und Betriebe: Organisiert Euch!

Deshalb ist es gut und wichtig, wenn sich wieder mehr Beschäftigte in Gewerkschaften organisieren, die in erster Linie den Kampf für Tarifverträge, für gute Arbeitsbedingungen führen. Denn die Verhandlungsmacht wächst mit der Organisationskraft, und die wächst mit der Mitgliederstärke! In diesem Kampf steht die SPD an der Seite der Kolleginnen und Kollegen.

Die Durchsetzung von mehr Tarifbindung ist aber nicht nur ein Schutz für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Auch die Betriebe, die sich an die Tarifverträge halten, werden so vor den Billigheimern geschützt. Höhere Tarifbindung schützt also die Betriebe, die in der wirtschaftlichen Konkurrenz auf bessere Qualität setzen und nicht auf einen Unterbietungswettbewerb, was



die Arbeitsbedingungen angeht. Deshalb sind auch die Arbeitgeberverbände gefordert, stärker für den Wert von Tarifverträgen einzustehen und die OT-Mitgliedschaften zu beenden. Und nicht zuletzt sind die Unternehmen aufgefordert, in die Arbeitgeberverbände einzutreten und damit die Sozialpartnerschaft zu stärken als Erfolgsmodell deutscher Wirtschaftspolitik.

Bremische Handlungsmöglichkeiten für mehr Tarifbindung nutzen

Auf Bundesebene müssen wir eine Änderung des Tarifvertragsgesetzes erreichen, damit Tarifverträge leichter für allgemeinverbindlich erklärt werden können: Es kann doch nicht sein, dass beide Tarifparteien – also Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite – die Allgemeinverbindlichkeit „ihres“ Tarifvertrages beantragen, und dann im Tarifausschuss ein „unentschieden“ ausreicht, um die Allgemeinverbindlichkeitserklärung (AVE) zu blockieren. Das wollen wir geändert haben, ein „Nein“

zur Allgemeinverbindlichkeit eines Tarifvertrags soll es nur noch aufgrund einer Mehrheit gegen die AVE geben. Ebenso muss es ermöglicht werden, dass ein Antrag auf AVE auch von nur einer Seite der Sozialpartner gestellt wird. In unserem Bremischen Tariftreue- und Vergabegesetz müssen wir die neuen Spielräume der EU-Entsenderichtlinie nutzen, damit zukünftig bei allen öffentlichen Aufträgen Tariftreue verlangt werden kann und nicht wie bislang nur im Bereich SPNV/ÖPNV und bei Bauaufträgen. Damit der Grundsatz umgesetzt wird: Wer Aufträge vom Staat bekommt, muss gute Arbeit garantieren. Und nicht zuletzt sollten wir nach Wegen suchen, auch in der Wirtschaftsförderung deutliche Anreize für eine Tarifbindung zu verankern: Vor allem in jüngeren Betrieben ist die Tarifbindung (noch) deutlich unterentwickelt, das könnte also durchaus Wirkung zeigen.

Wir brauchen Taten statt Worte! ■

ZUR PERSON:



FOTO: SPD LAND BREMEN

Sascha Karolin Aulepp ist seit April 2016 Landesvorsitzende der Bremer SPD. Sie lebt seit fast 30 Jahren in Bremen und hat zwei Kinder. Sie ist Abgeordnete der Bremischen Bürgerschaft und rechtspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, ihr Beruf als Jugendrichterin ruht. Politisch engagiert sie sich seit ihrer Schulzeit: bei den Falken, in der Frauen- und Friedensbewegung und in der SPD. Sie ist Gewerkschaftsmitglied mit dem Anliegen, die Arbeit zwischen SPD und Gewerkschaften zu stärken.

» Für eine starke Sozialpartnerschaft als Grundlage für wirtschaftlichen Erfolg«

„KEIN JUNGER MENSCH DARF IN BREMERHAVEN UND BREMEN OHNE AUSBILDUNGSANGEBOT BLEIBEN!“

Fördermöglichkeiten ausschöpfen, Betriebe unterstützen, Ausbildungsfonds als Instrument nutzen



FOTO: COLOURBOX

Der Rückgang des Angebotes betrieblicher Berufsausbildungsplätze in Folge der Covid-19-Pandemie ist äußerst besorgniserregend. Schon vor der Pandemie war die Zahl der Ausbildungsstellen in Bremen und Bremerhaven nicht ausreichend. Aktuell gibt es zusätzlich einen Rückgang des Angebots betrieblicher Berufsausbildung um 14 Prozent.

Unsere Landesvorsitzende Sascha Karolin Aulepp erklärt dazu: „Das ist dramatisch! Wir dürfen nicht eine ganze

Generation ihrer Ausbildungschancen berauben. Kein junger Mensch darf von der Schulbank in die Arbeitslosigkeit geschickt werden, allen muss ein Ausbildungsplatz angeboten werden können. Insbesondere der Einstieg in die Ausbildung und die Überbrückung für Auszubildende insolventer Betriebe müssen kurzfristig gewährleistet werden. Ich begrüße ausdrücklich, dass der Senat der Förderung von außerbetrieblichen Ausbildungsplätzen bereits zugestimmt hat, welche in Ausbildungsverbänden

in Bremen und Bremerhaven vorgesehen sind. Dazu müssen unsere öffentlichen Gesellschaften ‚Berufliche Bildung Bremerhaven GmbH‘ sowie die ‚Ausbildungsgesellschaft Bremen mbH (ABiG)‘ erhalten und gestärkt werden, um die notwendigen Aufgaben zu übernehmen. Zudem müssen die Fördermöglichkeiten für zusätzliche Ausbildungsplätze aus dem Bremen-Fonds sowie aus Mitteln der Ausbildungsgarantie voll ausgeschöpft werden. Darüber hinaus muss auch das Instrument der Ausbildungsumlage stärker genutzt werden. Ausbildungsfonds wie in der Bau- und Pflegebranche führen zu mehr Ausbildungsplätzen, indem sie ausbildende Unternehmen entlasten und Investitionen in Ausbildung zwischen den Unternehmen solidarisch verteilen – das ist im Interesse der jungen Menschen und der Fachkräftesicherung der Wirtschaft. Im Koalitionsvertrag ist die Einsetzung einer Kommission mit dem Ziel der Entwicklung eines Umlagemodells vereinbart worden. Diese Kommission muss endlich ins Arbeiten kommen.“ ■

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Landesorganisation
Bremen
Violenstr. 43
28195 Bremen
Tel.: 0421/3 50 18-0
Fax: 0421/3 50 18-37
info-bremen@spd.de

Redaktion:
Roland Pahl (V.i.S.d.P.)
Namentlich gezeichnete
Beiträge werden von
den Autoren verantwortet.

Seite 4: SPD-Bürgerschaftsfraktion Bremen,
Marieke Meinhart
(V.i.S.d.P.),
Wachtstraße 27/29,
28195 Bremen

— Anzeige —

DEINE IDEE FÜR MORGEN



MACH MIT UND KOMM IN

DIE PROGRAMMWERKSTATT

PROGRAMMWERKSTATT.SPD.DE

programm
werkstatt



dc!

SPD



FOTO: FREE-PHOTOS/PIXABAY

HILFE FÜR VERANSTALTER

Bürgerschaft beschließt Maßnahmenpaket, um Branche zu stützen

Große Veranstaltungen wie beispielsweise Konzerte sind seit März nicht möglich. Die Bürgerschaft hat nun auf Initiative der SPD-Fraktion ein Maßnahmenpaket beschlossen, mit dem Veranstaltern und Gastronomen geholfen werden soll.

Die Veranstaltungsbranche ist von den Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie besonders betroffen. Seit März sind größere Veranstaltungen nicht möglich – und angesichts der Infektionszahlen ist nicht absehbar, wann sie wieder erlaubt sein werden. Auf Initiative der SPD-Fraktion hat die Bürgerschaft daher einen Antrag der rot-grün-roten Koalition beschlossen, in dem ein ganzes Bündel von Maßnahmen vorgeschlagen wird, um der Branche zu helfen.

„Damit schaffen wir ein absolut rundes Paket zur Stützung dieser Branche“,

betonte der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Volker Stahmann in seiner Rede. „Und es zeigt: Es hilft, mit den Betroffenen im Dialog zu bleiben. Diesen Dialog haben wir geführt, und unser Antrag erhält Lösungen, die wir gemeinsam mit den Veranstaltern entwickelt haben.“

So ist, neben vielen anderen Punkten, in dem Antrag vorgesehen, dass für die Dauer der Pandemie eine ressort-übergreifende Koordinierungsstelle eingerichtet wird, die für die Veranstalter und Gastronomen kurzfristig und flexibel erreichbar ist. Auch fordert der Antrag

finanzielle Unterstützung, damit Veranstaltungen unter Corona-Bedingungen ermöglicht werden können. Explizit genannt wird dabei das „Projekt 100“, in dessen Rahmen im Pier 2 Konzerte durchgeführt und zugleich ins Internet übertragen werden sollen.

„Wir brauchen einen Wechsel weg von einer Unterstützung bei Untätigkeit hin zu einer Unterstützung von Aktivität“, erklärte Stahmann. „Wir wollen dabei helfen, die vielen Menschen aus diesem Sektor wieder in Arbeit zu bringen. Dafür können wir nicht selbst als Unternehmer auftreten, sondern unsere Aufgabe ist es, zu unterstützen und Rahmenbedingungen zu schaffen, bei denen die Unternehmer sagen: ‚Damit machen wir das.‘“

„Neben finanzieller Unterstützung, Reduzierung des Betriebsrisikos, konkreter Hilfe bei Einzelfragen – wie beim Umgang mit dem Hygienegesetz – wird mit der Branche gemeinsam für Beschäftigung gesorgt“, fasste Stahmann den Antrag noch einmal zusammen und ergänzte: „Dazu ist auch eine Imagekampagne für die Branche ein wichtiger Schritt. Wir müssen, gerade vor dem Hintergrund der Entwicklung der Infektionszahlen im privaten Bereich, das Vertrauen in die Gastronomie und Veranstaltungsbranche stärken. Die Botschaft ist klar: Feiern bei Profis ist sicherer!“ ■

HILFE FÜR ÜBERGANGSPFLEGEPERSONEN

Bedingungen sollen sich verbessern, um für mehr Stellen zu sorgen

Sie stehen bereit, wenn Kinder und Jugendliche einen geschützten Ort brauchen, weil Krisen in Familien sich zugespitzt haben: Übergangspflegestellen sind in bestimmten Fällen eine Alternative zu Einrichtungen der stationären Jugendhilfe, wenn Kinder oder Jugendliche in Obhut genommen werden. Doch ist die Zahl dieser Stellen rückläufig. Damit sich das ändert, hat die Bürgerschaft auf Initiative der SPD-Fraktion einstimmig einen Antrag beschlossen, der die Bedingungen für die Übergangspflegepersonen verbessern soll. So soll der Senat sich auf Bundesebene etwa dafür einsetzen, dass die Altersabsicherung für Übergangspflegepersonen verbessert wird und Modelle geprüft werden, die auf einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung beruhen.



FOTO: STOCKSNAP/PIXABAY

„Wir müssen und wollen die Übergangspflege wieder stärken, denn sie ist ein wichtiger Teil des Inobhutnahme-Systems“, sagte die sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Birgitt Pfeiffer. „Sie ergänzt das stationäre um ein familiennahes Angebot und ist damit für einen Teil der Kinder und Jugendlichen genau das richtige Angebot.“ ■

Die Bedingungen für Übergangspflegepersonen sollen verbessert werden – auch, um dadurch neue Stellen zu schaffen.

ELTERN- UND KINDERGELD NICHT MEHR ANRECHNEN

Kinder- und Elterngeld sollen nicht mehr auf Sozialleistungen angerechnet werden. Dafür soll der Senat sich auf Bundesebene einsetzen. Einen entsprechenden Antrag der rot-grün-roten Koalition hat die Bürgerschaft beschlossen. Für die sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Birgitt Pfeiffer, ist dies aber nur ein erster Schritt. „Kinder sind für ihre ökonomische Situation nicht verantwortlich“, sagt sie. „Deswegen müssen wir, um der Zukunft unser aller Kinder Willen, ihre Einnahmesituation von der der Eltern trennen! Deshalb kann die Anrechnungsfreiheit von Eltern- und Kindergeld nur ein Zwischenschritt sein. Perspektivisch setzen wir auf die Kindergrundsicherung. Denn es liegt in unser aller Interesse, es einkommensarmen Familien zu ermöglichen, wenigstens gut für ihre Kinder sorgen zu können.“ ■